



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST
PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

PRESSEMITTEILUNG

27. November 2015

Nr. 98/2015

School of Governance in Baden-Württemberg geplant

Land stellt Planungs- und Entwicklungsmittel für gemeinsame Bildungseinrichtung von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg bereit

Mit einer School of Governance (SoG) wollen das Land Baden-Württemberg, der Arbeitgeberverband Südwestmetall, die Robert Bosch Stiftung, die Dieter Schwarz Stiftung sowie weitere Träger aus der Wirtschaft und Zivilgesellschaft ein einzigartiges Ausbildungsangebot und eine Vernetzungsplattform für Führungskräfte aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft schaffen. Die organisatorische Angliederung soll bei der Dualen Hochschule Baden-Württemberg erfolgen.

Das Land stellt im 2. Nachtragshaushalt 2015/16 Budgetmittel für Planungs- und Entwicklungskosten in Höhe von 70.000 Euro zur Verfügung, um das Vorhaben weiter zu konkretisieren und offene Fragen klären zu können. Dies betreffe sowohl die sektorenübergreifend verknüpften Studien- und Qualifizierungsinhalte als auch den geplanten Teilnehmerkreis, der aus den drei Sektoren kommen soll.

Theresia Bauer (Wissenschaftsministerin in Baden-Württemberg), Gisela Erler (Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung), Dr. Stefan Wolf (Vorsitzender der Südwestmetall), Uta-Micaela Dürig (Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung) und Professor Reinhold Geilisdörfer (Präsident der Dualen Hochschule Baden-Württemberg) stellten am 27. November in Stuttgart die Notwendigkeit der Einrichtung heraus:

„Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft vor allem bei der Planung und Realisierung von Großprojekten mit einer Vielzahl beteiligter und betroffe-

ner Partner und Interessengruppen können zunehmend nur in engem Zusammenwirken zwischen Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft bewältigt werden. Deshalb kommt dem Aufbau intersektoraler Entscheidungs-, Handlungs- und Kommunikationskompetenz bei der Qualifizierung von Führungskräften zukünftig eine Schlüsselrolle zu. Mit der Planung einer School of Governance reagieren wir auf einen wachsenden Qualifizierungsbedarf in diesem Bereich. „Die Idee, Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft unter ein Dach zu bringen, ist hochspannend“, betonten Ministerin Bauer und Staatsrätin Erler.

Auch für Stefan Wolf, Vorsitzender von Südwestmetall, ist ein solches sektorenübergreifendes Qualifizierungsangebot wegweisend: „Wir reden noch zu oft übereinander oder aneinander vorbei, wo es notwendig wäre, gemeinsam an einer Problemlösung zu arbeiten. Wir Arbeitgeber sind darauf angewiesen, dass uns die Gesellschaft in ihren verschiedenen Facetten als Partner begreift und eine Verwaltung die Belange und Nöte der Wirtschaft richtig einschätzen kann. Deshalb sind wir von der Idee einer School of Governance überzeugt, wo sich junge Führungskräfte aus allen Bereichen auf Augenhöhe treffen“, so Wolf.

Vor dem Hintergrund des mehr als 50jährigen Engagements der Robert Bosch Stiftung für eine auch sozial nachhaltige Politik vor allem in der Bildung und in der Gesundheitsversorgung unterstrich Uta-Micaela Dürig die Bedeutung der geplanten School of Governance auch für die Zivilgesellschaft. „In unserer komplexen Welt sind wirkliche Veränderungen nur mit der engagierten Kraft bürgerschaftlichen Engagements zu erreichen. Wir bauen darauf, dass die School of Governance dabei hilft, künftig systematisch bessere Lösungen durch die Vielfalt der beteiligten Perspektiven zu entwickeln.“

Im Mittelpunkt der School of Governance (SoG) soll ein berufsbegleitender Masterstudiengang stehen. Die SoG soll als eigenständig sichtbare Marke etabliert werden. Geplant ist, die SoG an das Center for Advanced Studies (CAS) der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) mit Sitz in Heilbronn anzugliedern, in dem die landesweiten berufsbegleitenden Master- und Weiterbildungsangebote der DHBW koordiniert werden. DHBW-Präsident Reinhold Geilsdorfer: „Konzeptionell passt das Vorhaben hervorragend ins Portfolio des CAS. Die enge Verzahnung von Hochschule und Wirtschaft ist dort wie bei allen Studiengängen der DHBW bereits zentraler Bestandteil des Studienkonzeptes. Die geplante School of Governance wäre für das CAS eine interessante konzeptionelle Erweiterung ihres Qualifizierungsangebotes.“

Vorgesehen ist, das Vorhaben im engen Zusammenwirken mit weiteren Partnern zu

entwickeln, unter anderem den Kommunalen Landesverbänden und den Hochschulen für öffentliche Verwaltung. Auch die Einbeziehung von Stiftungen, Nicht-Regierungs-Organisationen und zivilgesellschaftlichen Netzwerken sowie von Kirchen und Gewerkschaften wird angestrebt, um die School of Governance auf eine möglichst breite konzeptionelle Grundlage zu stellen.